

/// Zentrale Herausforderungen für die Innere Sicherheit

## TERRORISTISCHE UND EXTREMISTISCHE BEDROHUNGEN

**UDO BARON** /// Terroristische Anschläge, die zunehmende Gewaltbereitschaft der politischen Extrema und beginnende Informationskriege machen die Innere Sicherheit zu einem zentralen Thema des Bundestagswahlkampfes 2017. Was sind, vor dem Hintergrund der globalen Migrationsbewegung, die Gefahren, die von Terrorismus, Extremismus und Cyber War für den demokratischen Rechtsstaat ausgehen sowie die Anforderungen für eine zeitgemäße Sicherheitsarchitektur?

### Innere Sicherheit und Bundestagswahlen

Der 19. Dezember 2016 ist einer jener Tage, der das Sicherheitsgefühl der Bundesrepublik nachhaltig erschüttert. Ein islamistischer Terrorist steuert an diesem Tag gegen 20.00 Uhr einen LKW am Berliner Breitscheidplatz in unmittelbarer Nähe zur Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in eine Menschenmenge. Durch die Kollision sterben 11 Besucher des dort gerade stattfindenden Weihnachtsmarktes, weitere 55 Menschen werden verletzt, einige von ihnen lebensgefährlich. Zum ersten Mal wird die Bundesrepublik mit einem terroristischen Anschlag dieses Ausmaßes auf ihrem Territorium konfrontiert.

Am 24. September 2017 finden die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag statt. Deutschland versteht sich nicht

nur als eine freie und offene Gesellschaft, sondern auch als eine wehrhafte Demokratie. Ereignisse wie der Terroranschlag von Berlin fordern deshalb den demokratischen Rechtsstaat nachhaltig heraus, gehört doch der Schutz der Inneren Sicherheit eines Gemeinwesens zu den Schlüsselaufgaben jeglicher staatlicher Gewalt.

Die Innere Sicherheit der Bundesrepublik ist aber nicht nur vom islamistischen Terrorismus bedroht. Auch die zunehmende Gewaltbereitschaft von und zwischen den politischen Extremen, z. B. zwischen Rechts- und Linksextremisten oder Kurden und nationalistischen Türken, verdeutlichen ebenso wie die zunehmenden Cyber-Attacken und die (organisierte) Kriminalität: Die Innere Sicherheit wird im Bundestagswahljahr 2017 eine herausgehobene Rolle spielen.



↑  
IST DAS  
GUT  
ODER  
SCHLECHT?

In einem demokratischen  
Rechtsstaat gibt es weder  
absolute Sicherheit noch  
grenzenlose Freiheit.

## Terroristische und extremistische Bedrohungen machen die Innere Sicherheit zum ZENTRALEN Thema des Bundestagswahlkampfes 2017.

### Terrorismus, Migrationsbewegung und Innere Sicherheit

Zweifellos stellt der islamistische Terrorismus gegenwärtig die größte Bedrohung für die Innere Sicherheit der westlichen Gesellschaften und somit auch der Bundesrepublik dar. Vor allem seit der Rückeroberung der vom sogenannten Islamischen Staat (IS) eroberten Gebiete in Syrien, Irak und Libyen muss damit gerechnet werden, dass der IS auf diese Entwicklung verstärkt mit Anschlägen reagieren wird, um seine Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Unzählige Menschen versuchen seit geraumer Zeit, Diktaturen, Kriegen und Hungersnöten zu entfliehen. Europa, vor allem Deutschland, ist dabei zum bevorzugten Ziel ihrer Wünsche und Träume geworden. Die Welt befindet sich mitten in einer modernen Völkerwanderung, deren Folgen bei weitem noch nicht absehbar sind. Die unregelmäßigen Migrationsbewegungen Richtung Europa stellen die westlichen Demokratien nicht nur vor ungeahnte ökonomische und gesellschaftliche, sondern auch vor sicherheitspolitische Herausforderungen. Insbesondere die zeitweise unkontrollierte Einreise von Flüchtlingen gefährdet die Innere Sicherheit der betroffenen Länder und beeinträchtigt viele Menschen in ihrem Sicherheitsgefühl.

Unübersehbar nutzen international aktive, kriminelle und jihadistische Netzwerke wie Al-Qaida oder der IS die unkontrollierten Migrationsströme zur verdeckten Einschleusung der Organisierten Kriminalität (OK) und potenzieller Terroristen in Richtung Europa. Erste Folgen dieser Entwicklung sind Anschläge wie die von Würzburg, Ansbach und Berlin aus dem Jahre 2016.

Es ist davon auszugehen, dass die anhaltenden Migrationsbewegungen verstärkte Missionierungs- und Rekrutierungsaktivitäten salafistischer Bestrebungen in Deutschland nach sich ziehen werden. Da auch künftig von einem weiteren Zuwachs von Migranten aus weitgehend muslimisch-sunnitisch geprägten Ländern wie Syrien, Irak, Afghanistan und Nordafrika auszugehen ist, muss auch weiterhin mit der Ankunft zahlreicher, von Verlust, Gewalt, Perspektivlosigkeit und sozialem Abstieg betroffener junger (männlicher) Muslime gerechnet werden. Für sie dürfte es schwierig sein, in den westlich geprägten Gesellschaften nahtlos beruflich und privat Anschluss zu finden. Es liegt nahe, dass sie aufgrund ihrer kulturellen Herkunft und prekären Situation in den Fokus salafistischer Propaganda rücken. Schon seit längerem versuchen Islamisten, in den Aufnahmelagern Kontakt zu Flüchtlingen aufzunehmen, um sie für ihre Interessen zu gewinnen. Sollte zudem die Integration der Geflüchteten scheitern oder gar ausbleiben, werden die bereits in Deutschland vorhandenen Parallelgesellschaften weiter anwachsen und neue hinzukommen. Die mögliche Folge wäre eine weitere Radikalisierung von Migranten aufgrund ausbleibender Perspektiven in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die Erfahrungen, die vor allem die Franzosen

sen und Belgier mit den Vororten bzw. bestimmten Stadtteilen ihrer Großstädte auf diesem Gebiet gemacht haben, dienen als Mahnung.

## Migranten stehen im FOKUS des islamistischen Terrorismus.

### Wechselwirkungen zwischen Terrorismus, Extremismus und Migrationsbewegung

Der jihadistische Terrorismus und der Zuwachs von Migranten aus muslimisch geprägten Konfliktzonen verstärken unverkennbar den Resonanzboden islamfeindlicher Agitation im rechtspopulistischen und rechtsextremen Bereich. Zugleich schaffen sie für diese zahlreiche Anknüpfungspunkte und Einflussmöglichkeiten bis weit in das bürgerliche Spektrum hinein. Wahlergebnisse im zweistelligen Bereich für eine Partei wie die Alternative für Deutschland (AfD) und der, zumindest zeitweise, Auftrieb rechtspopulistischer Bewegungen wie die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) können daher kaum überraschen.

Mit dem islamistischen Terrorismus und der Migrationsbewegung nehmen aber ebenso die fremden- und islamfeindlichen Übergriffe deutlich zu. Auch künftig muss sowohl mit spontanen sowie mit organisierten gewalttätigen Übergriffen auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte und auf Muslime gerechnet werden. Nicht ausgeschlossen werden darf, dass sich verstärkt auch

von Rechtspopulisten bzw. Rechtsextremisten dominierte Bürgerwehren bilden, die sich unter Umständen bewaffnen, das Recht in die eigene Hand nehmen und somit das staatliche Gewaltmonopol unterlaufen. Zugleich können sich Radikalisierungsprozesse in der rechten Szene beschleunigen und intensivieren, bis hin zur möglichen Bildung von Gewaltstrukturen im Untergrund, wie es sie mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) gab. Die Waffenaffinität im Rechtsextremismus könnte dazu ihr Übriges beitragen, zumal viele Rechtsextremisten noch immer im Besitz einer Waffenerlaubnis sind. Vor diesem Hintergrund gilt es, eine Erosion der staatlichen Sicherheitsstrukturen und einen, zumindest teilweisen Verlust des staatlichen Gewaltmonopols zu verhindern. Nur wenn der Staat auch künftig alleinig legitimiert bleibt, physische Gewalt auszuüben, lässt sich Selbstjustiz, wie sie Bürgerwehren bereit sind anzuwenden, verhindern.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums nutzen linksautonome Gruppierungen diese Entwicklung, um der Bundesrepublik institutionalisierten Rassismus vorzuwerfen und sie dem Faschismusverdacht auszusetzen. Sie führen den islamistischen Terrorismus und die Migrationsbewegung auf die kapitalistische Ausbeutung durch die westlichen Gesellschaften zurück und instrumentalisieren die Geflüchteten für ihren „Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus“. Vor allem sich als postautonom verstehende Bündnisse wie die Interventionistische Linke (IL) und das Bündnis ... ums Ganze! (uG) könnten von der Flüchtlingskrise profitieren. Sie versuchen, die linksautonome Szene stärker zu organisieren, zu vernetzen und zu ideolo-

gisieren und streben Aktionsbündnisse mit dem demokratischen Spektrum an, um so ihren Einfluss auch auf nichtextremistische Kreise auszudehnen. Der Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland dient ihnen als Beleg für ihre Behauptung, die Bundesrepublik sei ein faschistoider und rassistischer Staat. In der jetzigen angespannten Situation könnten sie mit dieser These auf zunehmende Akzeptanz bis ins demokratische Spektrum stoßen und dadurch langfristig ihrem Ziel, die linksautonome Szene zu organisieren, mit bürgerlichen Kreisen zu vernetzen und in eine Massenbewegung gegen den demokratischen Rechtsstaat zu verwandeln, näher kommen.

Künftig muss zudem von einem weiteren Anstieg der Konfrontationsgewalt zwischen den politischen Extremisten ausgegangen werden. Vor allem der zunehmend gewalttätiger ausgetragene Dauerkonflikt zwischen Rechts- und Linksextremisten, zu dessen Opfern in erster Linie Polizeibeamte zählen, wird

**Die Migrationsbewegung bietet dem Terrorismus und Extremismus den **RESONANZBODEN** für zunehmende Agitation und Gewalt.**

dabei im Mittelpunkt stehen. Aber auch weitere gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und Salafisten, wie sie bereits im Mai 2012 in Bonn und Solingen im Zusammenhang mit dem Zeigen von Mohammed-Karikaturen stattfanden, können künftig

nicht ausgeschlossen werden. Sollten sich zudem die ethnisch-religiösen Interessensgegensätze in den Herkunftsländern von Zuwanderern weiter verschärfen, wird sich diese Entwicklung künftig auch in Deutschland widerspiegeln.

So können die Spannungen in der Türkei seit dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 und vor dem Hintergrund

**Die Konflikte der Herkunftsländer werden mit der Migration auch nach Deutschland **TRANSPORTIERT**.**

des umstrittenen Referendums vom 16. April zur Einführung eines Präsidialsystems zu einer weiteren Radikalisierung hier lebender Kurden, linksextremistischer Türken und ihnen feindlich gesinnter türkischer Nationalisten beitragen. Bei einer Zuspitzung dieser Konflikte dürfen auch Übergriffe auf Repräsentanten und Einrichtungen des türkischen Staates in Deutschland und türkische Geschäftsleute nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus sind wachsende Feindseligkeiten zwischen Angehörigen der vor jihadistischer Gewalt geflohenen Migrantengruppen wie der Kurden oder Yesiden auf der einen und den Salafisten auf der anderen Seite in Betracht zu ziehen.

Vor allem bei emotional aufgeheizten Großereignissen wie dem vom 7. bis 8. Juli in Hamburg stattgefundenen Gipfeltreffen der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20), kam es zu regelrechten Gewaltexzessen

von Linksautonomen, zu deren Opfern in erster Linie Anwohner, Geschäftsleute sowie die zum Schutz des Gipfels eingesetzten Polizeibeamten gehörten. Bereits im Vorfeld dieses Gipfeltreffens gab es zahlreiche Resonanzstraftaten, z. B. in Form von Brandanschlägen auf Dienstfahrzeuge der Polizei oder auf die Infrastruktur der Deutschen Bahn.

### Cyber War und Fake News – Informationskriege und Innere Sicherheit

Eine besondere Rolle bei der Bedrohung der Inneren Sicherheit durch Terroristen und Extremisten spielt die fortschreitende Digitalisierung, insbesondere die Dynamik der sozialen Netzwerke. Als Plattform der Radikalisierung, Kommunikation und Vernetzung der verschiedenen extremistischen Szenen gewinnt das Internet stetig an Relevanz. Durch die neuen Medien wächst zudem die Gefahr, dass über sie von Terroristen und Extremisten bewusst Desinformationen verbreitet werden, um so die gesamtgesellschaftliche Stimmung anzuheizen und neue Konflikte zu schüren.

Mit dem Fortschritt im High-Tech-Bereich ist zudem unter den Stichworten „Cyber War“ und „Cyber Terrorism“ in jüngster Zeit eine neue Bedrohung im Grenzbereich zwischen innerer und äußerer Sicherheit in den Fokus gerückt. Cyber-Angriffe wie z. B. der auf das Informationssystem des Deutschen Bundestages im Jahre 2015 stellen eine zunehmende Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Statistisch gesehen war allein die Bundeswehr 2016 täglich 3.500 Cyber-Attacken ausgesetzt. Manche von ihnen scheinen staatlich gesteuert zu sein. Dabei fällt der Blick vor allem auf Russland als Verursacher, denn die von dem russischen Generalstabschef Waleri Gerasimov

entwickelte Militärdoktrin der hybriden Kriegsführung zur Abwehr einer Bedrohung durch die NATO sieht auch Cyber-Angriffe als Spielart eines „Informationskrieges“ gegen den Westen vor. Nicht von ungefähr hat der damalige amerikanische Präsident Barack Obama erklärt, ein Cyber-Angriff auf sein Land würde als Kriegserklärung aufgefasst werden.

**Mit Cyber-Attacken und Fake News stellen **INFORMATIONSKRIEGE** neue Formen der Bedrohung dar.**

Auch die zunehmende Verbreitung von Fake News muss als ein Element in diesem „Informationskrieg“ betrachtet werden. Täglich werden tausende Fake News über soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter verbreitet, teilweise, um Aufmerksamkeit und Klicks zu generieren, teils aus Unwissenheit, aber auch, um Politiker zu diffamieren, politische Debatten zu manipulieren oder Staaten zu destabilisieren.

Vor allem mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen muss mit erneuten Cyber-Attacken auf Regierungs- und Parlamentseinrichtungen und gezielten Falschmeldungen zur Einflussnahme auf das Wahlergebnis gerechnet werden. Eine am 1. April 2017 neben Heer, Marine und Luftwaffe als vierte Teilstreitkraft in den Dienst gestellte Cyber-Armee der Bundeswehr soll Schutz vor dieser neuen Herausforderung bieten.

### Anforderungen an eine zeitgemäße Sicherheitsarchitektur

Eine zeitgemäße Sicherheitsarchitektur muss nicht alles anders machen, sollte aber den Blick für die notwendigen Maßnahmen haben und angemessen und zeitnah auf Veränderungen der Gefährdungslage reagieren. Im Klartext bedeutet das zunächst einmal, dass sich der demokratische Rechtsstaat nicht neuen Wegen zum Schutze der Inneren Sicherheit wie der Vorratsdatenspeicherung, der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Einrichtungen oder der elektronischen Fußfessel verschließen darf. Diese sind zwar kein Allheilmittel und verhindern Straftaten eher nicht, erleichtern aber die Aufklärung von (terroristischen) Verbrechen, wie die erfolgreichen Ermittlungen in Frankreich nach den Pariser Anschlägen vom November 2015 gezeigt haben.

Generell sollten die Sicherheitsbehörden die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen und sich bemühen, beim Einsatz neuer Technologien auf der Höhe der Zeit zu sein. Vor allem die Online-Durchsuchung bietet neben der klassischen Telefonüberwachung die Möglichkeit, auch die modernen Kommunikationsformen über das Internet im gesetzlich zulässigen Rahmen abzuschöpfen. Doch was nützen alle gesetzlichen Voraussetzungen und technischen Möglichkeiten, wenn die Voraussetzungen für ihre Umsetzung weitgehend fehlen? Die Sicherheitsbehörden müssen daher früher ansetzen, nämlich bei der Auswahl und Ausbildung ihres Personals und der Überarbeitung ihrer Strukturen.

Um die Herausforderungen auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit zu bewältigen, müssen die Sicherheitsbehörden ihr Personal quantitativ aufstocken und

**Die aktuellen Bedrohungen erfordern mehr und entsprechend geschultes PERSONAL.**

qualitativ verbessern. Für die erforderlichen Maßnahmen gegen Extremismus und Terrorismus bedarf es eines erheblichen Potenzials an Fachkräften – alleine schon, um die erforderlichen umfangreichen Observationsmaßnahmen durchführen zu können. Die Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden müssen deshalb umfassend aus- und weitergebildet werden, um Informationen logisch verknüpfen und auswerten zu können. Nur so können sie die, für ihre Tätigkeit unverzichtbaren technischen und analytischen Kompetenzen erlangen und beständig aktualisieren. Ein auf die Bedürfnisse moderner Terrorismus- und Extremismusbekämpfung ausgerichtetes Aus- und Fortbildungskonzept für die Sicherheitsbehörden ist dafür eine Grundvoraussetzung.

Die Bundesrepublik versteht sich als ein föderaler Staat. Die föderalen Strukturen stoßen aber zunehmend auch und vor allem in Fragen der Inneren Sicherheit an ihre Grenzen. Das verdeutlicht insbesondere der Fall des Attentäters vom Berliner Breitscheidplatz, Anis Amri. Die Aufarbeitung dieses Terroranschlags offenbart unübersehbare Schwächen der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik, denn die unzureichende Abstimmung zwischen den verschiedenen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern hat diese Tat mit begünstigt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungen bedarf es deshalb einer engen informationsbezogenen und analytischen Vernetzung der Sicherheitsbehörden auf nationaler und internationaler Ebene. Deutschland muss die Frühwarnkompetenz von Polizei und Nachrichtendienst im Bereich des gewaltbereiten Extremismus und Terrorismus optimieren. Dabei könnte man auf bereits bestehende Einrichtungen wie das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) und das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) aufbauen. Diese müssten mit Psychologen, Pädagogen, Sozial- und Islamwissenschaftlern u. a. Experten ergänzt und zu einem Zentrum für eine gemeinsame Sicherheitspolitik weiter entwickelt werden. Ziel einer solchen Institution müsste der regelmäßige Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden und eine abgestimmte Auswertung und Analyse sein, um Radikalisierungen frühzeitig zu erkennen. Dazu müssen innerhalb und zwischen Polizei und Verfassungsschutzverbund die unterschiedlichen IT-Systeme ebenso wie die verwendeten Begriffe, Definitionen und Kategorisierungen harmonisiert werden. Mit einer gemeinsamen begrifflichen, definitorischen und technischen Basis ließen sich Extremisten und Terroristen leichter erfassen, abgleichen und man könnte dann abgestimmter repressiv, aber auch präventiv auf sie reagieren, beispielsweise mit der Entwicklung von Aussteigerprogrammen für Islamisten und Rechtsextremisten.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird man nicht umhinkommen, das aus alliierten Besatzungszeiten stammende und auf die Erfahrungen aus der NS-Diktatur mit seiner aus Polizei und Geheimdienst bestehenden Geheimen Staatspo-

lizei (Gestapo) zurückgehende Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendienst zu verändern. Zwar macht es auch heute noch Sinn, durch die organisatorische Trennung beider Bereiche zu verhindern, dass die bloße Erkenntnis über extremistische Tendenzen schon den Polizeiapparat in Gang setzt. In Zeiten herausragender terroristischer Bedrohungen ist es aber kaum mehr zu verantworten, dass die Sicherheitsbehörden auch logistisch weiter getrennt agieren. Es ist dem Bürger nicht mehr zu vermitteln, dass Polizei und Nachrichtendienste ihre Datenbanken strikt voneinander abgeschirmt verwalten und damit riskieren, dass der für die Sicherheit des Landes unverzichtbare Informationsaustausch über Extremisten und Terroristen nur verzögert bzw. auf Umwegen erfolgen kann.

**Eine zeitgemäße Sicherheitsarchitektur benötigt eine enge informationsbezogene und analytische VERNETZUNG der Sicherheitsbehörden.**

Darüber hinaus müssen die Arbeitsabläufe und Strukturen der Sicherheitsbehörden entbürokratisiert werden. Auflagen und Kontrollen sind in einer funktionsfähigen Demokratie unverzichtbar. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass sich die Sicherheitsbehörden mehr mit sich selbst als mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen beschäftigen und sich lähmen. Ein gewisses gesellschaftliches Grundvertrauen

in die Arbeit von Polizei und Nachrichtendienst ist dafür unverzichtbar und muss von der Politik eingeworben und vermittelt werden.

### Ausblick auf die Bundestagswahl 2017 und die innere Sicherheit

Islamistischer Terrorismus, politischer Extremismus und Informationskriege – diese Entwicklungen verdeutlichen: Die kommende Bundestagswahl wird eher mit „harten“ als mit „weichen“ politischen Themen bestritten und gewonnen werden. Im Mittelpunkt werden dabei die Gefahren stehen, die vor dem Hintergrund der globalen Migrationsbewegung vom islamistischen Terrorismus und den politischen Extremismen für die Sicherheit der Bundesrepublik ausgehen. Die politischen Parteien müssen sich im Bundestagswahlkampf daran messen lassen, welche Ideen und Konzepte sie dem Wähler zur Inneren Sicherheit anbieten. Die Folgen dieser Entwicklung für das politische Parteienspektrum sind bereits unübersehbar. Nicht von ungefähr attestiert die Demoskopie den beiden Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag, der Partei Die Linke und dem Bündnis 90/Die Grünen, Verluste in der Wählergunst, weil sie bislang keine überzeugenden Antworten auf die offenen Fragen zur Inneren Sicherheit geben. Für die Unionsparteien kommt es deswegen darauf an, die Innere Sicherheit wieder zu ihrem Markenkern zu machen und die Meinungsführerschaft auf diesem Gebiet nicht anderen Parteien wie der AfD zu überlassen.

Die Bundesrepublik versteht sich als eine wehrhafte Demokratie, die auf einem vorgelagerten Demokratieschutz basiert. Um diesen zu gewährleisten und um somit das Grundvertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit

des demokratischen Rechtsstaats und seiner Sicherheitsbehörden zu bewahren, kommt es darauf an, zeitnah mit präventiven und angemessenen repressiven Mitteln auf die Bedrohungen der Inneren Sicherheit zu reagieren. Dafür sind funktionsfähige Sicherheitsbehörden unerlässlich. Eine verantwortungsbewusste Politik muss daher für die gesellschaftliche Akzeptanz von Polizei und Nachrichtendiensten in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung werben. Nicht Untertanengeist, aber der nötige Respekt gegenüber dem Staat, seinen Institutionen und Repräsentanten ist für eine funktionsfähige Sicherheitsarchitektur in einer demokratischen Gesellschaft unerlässlich.

**Die Sicherheitsdienste BRAUCHEN  
den Respekt und Rückhalt der  
Gesellschaft.**

Unabhängig davon müssen die offenen Gesellschaften damit leben lernen, dass es keine vollständige Sicherheit geben kann. Vor allem einen Schutz vor einem Einzeltäter, der sich unbemerkt über das Internet radikalisiert hat, ist kaum zu verhindern, ebenso wenig wie der Amoklauf eines psychisch gestörten Täters oder ein Anschlag wie der auf den Bus des Fußballbundesligavereins Borussia Dortmund. Auch diese Tatsachen müssen der Bevölkerung von der Politik kommuniziert werden. Zudem darf über der Sehnsucht nach Sicherheit nicht die Freiheit vergessen werden.

Der Wunsch nach größtmöglicher Sicherheit einerseits und weitgehender individueller Freiheit andererseits sorgt dafür, dass zwischen Freiheit und Sicherheit immer ein Spannungsverhältnis besteht. Oftmals wird der Eindruck vermittelt, Sicherheit sei immer nur auf Kosten der Freiheit zu erlangen. Freiheit und Sicherheit konkurrieren zwar miteinander, sie sind deshalb aber keine Antipoden, vielmehr bedingen sie sich gegenseitig. Die Freiheitsrechte brauchen den verantwortungsbewussten und wehrhaften Staat, in dessen Schutz sie sich entfalten können. Vorrangige Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates muss es daher sein, die Freiheitsrechte und Sicherheitsbedürfnisse des Einzelnen und der Gemeinschaft miteinander in Einklang zu bringen. Der Bürger muss sich im Rechtsstaat auf effektiven Schutz durch den Staat ebenso verlassen können wie auf den Schutz vor dem Staat. Maßstab für eine demokratische Gesellschaft sollte deshalb der Umfang an individueller Freiheit sein, welche nur eine offene Gesellschaft im Unterschied zu einer geschlossenen Gesellschaft ermöglichen kann. Die Sicherheit wiederum braucht die Freiheit, da sie ohne Freiheit ihrer Bestimmung beraubt wäre und zur Sicherheit eines totalitären Gebildes degenerieren würde. Da es weder absolute Sicherheit noch grenzenlose Freiheit in einem demokratischen Rechtsstaat geben kann, muss die Balance zwischen beiden gewahrt bleiben. Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten einer Medaille. Es ist die Verantwortung, die beide miteinander verbindet. Erst, wenn der Staat und jeder seiner Bürger verantwortungsvoll mit ihnen umzugehen weiß, können sie zum Wohle aller ihre ganze Kraft entfalten. ///



/// DR. UDO BARON

---

ist Referent im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Bereich Linksextremismus, Hannover.